

Brenzlige Situation in Ruppertsburg

Löschwasserversorgung nicht gesichert – Stadt muss 420 000 Euro investieren

Laubach (tb). Dringlichkeit erkannt: Zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung in Ruppertsburg wird Laubach rund 420 000 Euro investieren. Ihr Placet für die von der Summe her außergewöhnliche außerplanmäßige Ausgabe erteilten gestern Abend die Stadtverordneten – einstimmig. Um im Bild zu bleiben: Wie »brenzlige« die Situation im Norden des Stadtteils ist, das wurde am Montag dem Ausschuss verdeutlicht.

»Alles gut« nur in der alten Ortslage

Lothar Schellhaas (Ingenieurbüro Ohlsen) verwies zunächst auf Ergebnisse eines umfassenden Messprogramms. Wesentlicher Bestandteil, neben der Ermittlung der Druckverhältnisse: An 14 Stellen, verteilt über die gesamte Ortslage, wurden Löschwasserentnahmen simuliert, d.h. ermittelt, welche Wassermengen den Unterflur-Hydranten zu entnehmen ist. Ein Fazit: Im alten Ortskern ist der vom »Brandschutz-Regelwerk« geforderte Löschwasserbedarf von mindestens 48 Kubikmetern die Stunde gegeben. Überdies steht hier ein Teich als Reserve bereit, müsste bei einem Feuer eine nur 300 Meter lan-



Ruppertsburg von oben: Nördlich der Horloff (rechter Bildteil) ist eine Löschwasserversorgung nicht vorhanden. ARCHIVFOTO: HENSCH

ge Schlauchleitung verlegt werden. Ganz anders sieht es im »Neubaugebiet« aus den 70ern nordwestlich der Horloff aus. Schellhaas: »keine Löschwasserversorgung vorhanden«. Zwar mit 24 cbm/h besser, aber doch weit unter der Mindestanforderung lautet das Resultat für den Weiler Friedrichshütte; allerdings soll

hier nochmals gemessen werden, hoffen die Experten auf bessere Werte dank Reparaturen am Leitungsnetz.

Als Ursache der Misere hat Schellhaas die mit einem Querschnitt von de facto 50 bis 80 Millimeter viel zu kleinen Verbindungsleitungen vom alten Ortskern zum »neuen« Baugebiet nördlich der

Horloff ermittelt. Um also die Löschwasserversorgung sicherzustellen, müssen die beiden Verbindungsleitungen durch größere ersetzt werden. Zumal die Rohre bereits die durchschnittliche maximale Lebenserwartung erreicht hätten: »Die sind bestimmt 60 oder 70 Jahre alt.« Kollabierten diese, wäre auch die Trinkwasserver-

sorgung von rund 800 Ruppertsburgern perdu.

Die Deckung der Kosten ist in diesem Fall kein Problem: Die Sanierung der Nebenräume des Rathauses für 70 000 Euro wird verschoben, für die Sanierung des Freibads für 359 000 Euro sind ohnedies mit dem Land noch die Fördermodalitäten zu klären.

Folge des »Maskeneklats«

BfL und FDP bilden Fraktion

Laubach (tb). Überraschendes hatte Vorsitzender Hartmut Roeschen (SPD) eingangs der Sitzung »seines« Haupt-, Finanz- und Bauausschusses am Montagabend zu verkünden: »BfL und FDP haben sich auf die Bildung einer Fraktionsgemeinschaft verständigt.«

Wie berichtet, hatte Dietmar Poth vor zwei Wochen die BfL-Fraktion verlassen. Ohnehin hätten sich zunehmend inhaltliche Differenzen aufgetan, der Verstoß seines Kollegen und BfL-Sprechers Frank gegen die Maskenpflicht war Poth zufolge dann der Tropfen gewesen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Damit aber verloren die »Bürger für Laubach« den erst ab zwei Mitgliedern gewährten Fraktionsstatus. Heißt: kein Stimmrecht in den Ausschüssen, keine Aufwandsentschädigung bei Fraktionssitzungen. Mit der »Fusion« erlangt dieses Privileg nun auch die FDP, die 2016 nur einen Sitz gewonnen und Ralf Schmidt ins Stadtparlament entsandt hatte.

»Hochzeitshaus«: Ja zum Verkauf

Laubach (tb). Für die Interessenten nicht zu überwindende Hürden beseitigt: Der letztentscheidende Hauptausschuss hat am Montag zunächst verlangte Bedingungen für den Verkauf des »Hochzeitshauses« (etwa Rückkaufklausel, Frist für Fertigstellung, Parkplatzvorgaben) fallengelassen.

Abschied von WORM-Gemeinden

Pfarrerin Anne Möller wechselt nach siebenjähriger Amtszeit von Ober- nach Südhessen

Laubach (dis). Wenn auch manche Worte vom Winde verweht wurden, so war anlässlich des Gottesdienstes im Garten von Heinz Galonska in Münster schnell deutlich, wie die kirchlichen und politischen Vertreter in ihren Grußworten das Scheiden von Pfarrerin Anne Möller bedauerten. Auch an der stattlichen Anzahl der Besucher war diese Wertschätzung auszumachen.

Möller war im Kirchspiel WORM mit den Kirchengemeinden Wetterfeld, Ober-Bessingen, Röthges und Münster seit 18. August 2013 tätig. Es war ihre erste Pfarrstelle – keine leichte Aufgabe, denn Stolpersteine habe es genug gegeben, hieß es. In den vergangenen Jahren aber sind Beziehungen gewachsen. Es habe

Spaß gemacht die Gemeinden zusammenzuführen, betonte Möller. So gehe sie mit einem weinenden Auge, um ihre neue Pfarrei in Okrifelt (Main-Taunus-Kreis) anzutreten.

Dekan Norbert Heide nahm zusammen mit Präses Elke Sézanne die Entpflichtung der Pfarrerin vor. Der Dekan und die Kirchenvorstände der vier Gemeinden ließen symbolisch

die Pfarrzeit Möllers im Beisein ihrer Familie von kleinen bis großen Brötchen wachsen: Mit ihrem Wirken sei Möller zu einer »großen Bäckerin« in ihrer Gemeinde geworden.

Grußworte und Präsenten übermittelten die Kirchenvorstände der vier Gemeinden mit ihren Vorsitzenden Angela Jünger (Wetterfeld), Karl-Heinz Römer (Ober-Bessingen), Gisela Hofmann (Röthges) und Monika Hübner (Münster). Der ehemalige Vorsitzende des Kirchenvorstands von Ober-Bessingen, Helmut Römer, blickte mit bewegenden Worten auf das Wirken Möllers zurück und sprach im Namen der Ortsvereine zugleich Dank und Bedauern aus. Die vergangenen sieben Jahre seien viel zu schnell vergangen.

Das segensreiche Wirken der Pfarrerin wurde auch von Laubachs Erster Stadträtin Isolde Hanak, Laubachs Stadtverordnetenvorsteher Joachim Kühn und Klaus Dieter Schmitt (Münster), der im Namen aller Ortsvorsteher sprach, gewürdigt. Ide überreichte eine Fotocollage aller Gotteshäuser im Kirchspiel an Anne Möller.

Gemeindereferentin Tanja Mohr (kath. Kirchengemeinde Laubach) dankte der Pfarrerin für gute Zusammenarbeit und übergab einen Präsentkorb. Musikalisch umrahmt wurde der Abschiedsgottesdienst von den »Open Voices« aus Münster und von Erika Zimmermann an der elektronischen Orgel. Im Anschluss an den Gottesdienst lud man zu einem kleinen Imbiss ein.



Zum Abschied nimmt Familie Möller aus den Händen der Kirchenvorstandsvorsitzenden große Brötchen entgegen. FOTO: DIS

Zwei Kreisstraßen voll gesperrt

Laubach/Lich (pm). Hessen Mobil setzt im Auftrag des Landkreises an diesem Mittwoch die Kreisstraße 144 bei Lauter unter Vollsperrung in stand. Umleitungen über die L3137 Richtung Grünberg und die L3007 Richtung Queckborn sowie die K145 Richtung Wetterfeld, die L3481 Richtung Münster und weiter über die L3007 Richtung Grünberg.

Am Donnerstag, 10. September, wird die K167 zwischen Muschenheim und Bettenhausen unter Vollsperrung in standgesetzt. Die Umleitung führt über Bettenhausen, Bellersheim und Trais-Münzenberg. Bei den Buslinien GI-62 und GI-63 muss mit Verspätungen gerechnet werden.

Eltern streiten für Erhalt des Kindergarten-Busses

Für die Stadt stehen die Kosten von 30 000 Euro und die Nutzung in keinem Verhältnis

Grünberg (tb). Eine Begleitperson des Kindergartenbusses verabschiedete sich bereits am Montag von den Kleinen. Was jedoch nichts mit den Plänen der Stadt zu tun haben dürfte, den kostenlosen Transport in die Kitas einzustellen. Dieser »Shutdown« nämlich steht erst zum Fahrplanwechsel im Dezember an.

Freilich nur ein schwacher Trost für die Eltern von im Schnitt 40 Kindern, die den Bus nutzen und künftig sehen müssen, wie sie ihre Kleinen in den Hort bringen. Ein Problem vor allem für jene, die kein Auto besitzen. »In Stockhausen trifft das für sieben der zehn Kita-Kinder zu, davon fünf oder sechs Flüchtlinge«, sagt Diana Limburg.

Vor etwa einem Jahr ist sie mit ihrer Familie in das Seen-

bachtal-Dorf gezogen, dessen Sprösslinge die Kita in Lardenbach besuchen. Wie in weiteren sechs Stadtteilen ohne Hort werden die Knirpse morgens abgeholt und mittags wieder nach Hause gebracht. Die Stadt setzt hier auf Busse der VGO-Linien GI-77-79, die vor allem den Schülertransport übernehmen.

Zuschuss an VGO infrage gestellt

Für die Beförderung zahlt Grünberg der VGO einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von 15 000 Euro. In etwa der gleiche Betrag wird für die Begleitpersonen fällig, die bei Fahrgästen im Kita-Alter vorgeschrieben sind.

Vor der Corona-Pandemie hatten 66 Kinder den Bus ge-

nutzt. Die meisten besuchten die Kita Lardenbach (23), gefolgt von Queckborn (11) und Reinhardshain (10). Der Mittelwert lag laut VGO allerdings bei nur 41 Kindern.

Für den Magistrat stehen daher Kosten und Nutzen in keinem Verhältnis. Bürgermeister Frank Ide verwies gegenüber der GAZ zudem auf Erfahrungen andernorts: Nach Abschaffung des Kita-Busses hätten die Eltern selbst den Transport organisiert. Auch gebe es im Landkreis nurmehr drei Gemeinden mit diesem Service. In Hungen sei damit ein Busunternehmer betraut, in Alldorf eine Mini-Jobberin, in Lich ein Bauhofmitarbeiter. In den beiden letztgenannten Fällen werde das städtische City-Mobil genutzt. Ein solches gibt es auch in Grünberg. Griffe

man darauf zurück, so die Verwaltung, blieben die Vereine außen vor. In der Magistratsvorlage vom 8. Juli wird schließlich noch angemerkt, dass einige Begleitpersonen zur Risikogruppe gehörten, es ohnehin schwieriger werde, Interessenten zu finden.

Für Diana Limburg, die im Namen der »Lardenbacher« Eltern spricht, geht die städtische Abwägung von Sparzwängen, Nutzerzahlen und Kosten nicht in Ordnung. Nicht nur wegen der Probleme für Eltern ohne Auto, sondern auch im Blick auf die CO₂-Bilanz, wenn künftig mehr Privat-Pkw unterwegs seien. Der Unmut der Eltern werde noch verstärkt durch eine »Blockadehaltung« der Stadt: Auf das Angebot, selbst Begleitpersonen zu stellen, habe es nur geheißt,

dass die Eltern dann aber den vollen Fahrpreis bezahlen müssten.

Die Kritik kann Stockhausens Ortsvorsteher Kai-Albrecht Jochim verstehen. Wie für die Elternsprecherin ist auch für ihn nicht nachvollziehbar, für was die VGO eigentlich 15 000 Euro erhält. Die Schulbusse drehten doch ohnehin ihre Runden, für Kita-Kinder falle kein Fahrpreis an. Überdies seien die Eltern bereit, einen Obolus für die Begleitung zu zahlen. Sein Fazit: »Sparen ist zwar wichtig, aber der Mehrwert des Kita-Busses für den ländlichen Raum sollte mehr Gewicht erhalten.«

Auf Ablehnung stoßen die Pläne auch beim Gesamtelternbeirat. Bei der Sitzung in der Vorwoche wurde der Wunsch geäußert, Alternati-

ven zu prüfen. Wie Bürgermeister Ide gestern nun im GAZ-Gespräch zusagte, werde man das Gespräch mit der VGO suchen. Ide zeigte sich auch offen für die Übernahme der Begleitung durch Eltern. »Das dauert allerdings schon länger, bis man wieder daheim ist.« Für den Busbetreiber wäre das von Vorteil, müsse er doch nicht mehr bis vor die Kita, nur zur Haltestelle fahren. Vielleicht sei die VGO dann ja bereit, von den 15 000 Euro runterzugehen. Wofür die gezahlt werden? »ÖPNV ist nun mal ein Zuschussgeschäft, die VGO muss auch sehen, wo sie ihr Geld her kriegt.«

Bleibt nun abzuwarten, wie die Sache ausgeht. Beim ersten Anlauf 2012 gab das Stadtparlament dem Protest der Eltern am Ende nach.